



Die geopolitische Rolle Deutschlands in Zeiten globaler Großmachtrivalitäten

II. Wirtschafts- und Technologiepolitik

von Hanns Koenig, Alexandra Paulus und Benjamin Thake

Die Autorin/die Autoren ist/sind Mitglied/Mitglieder im Arbeitskreis Junge Außenpolitiker. Sie führen ihre persönlichen Ansichten aus und spiegeln nicht die Meinung der verbundenen Organisationen der Autorin/Autoren wider.

- › Berlin und Brüssel sollten ihre Wirtschafts- und Technologiepolitik an drei Prinzipien ausrichten: Wettbewerbsfähigkeit mit dem Menschen im Mittelpunkt, Resilienz und Innovation durch Digitalisierung.
- › Es gilt, neue Impulse für die deutsche und europäische Wirtschafts- und Technologiepolitik zu setzen. Leitlinien dafür sind Menschenwürde, die Freiheiten des Individuums und eine nachhaltige Wirtschaftsweise.
- › Ein europäischer Hochtechnologie-Sektor kann durch die staatliche Nachfrage nach innovativen Anwendungen für die öffentliche Verwaltungsmodernisierung proaktiv gefördert werden. Die europäische Bevölkerung wird den staatlichen Institutionen ihr Vertrauen nur dann langfristig schenken können, wenn der Service an den Bürger mit den technologischen Entwicklungen des privaten Sektors Schritt hält.

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|---|
| Hintergrund | 2 |
| 1. Innovation und Wettbewerbsfähigkeit mit dem Menschen im Mittelpunkt | 2 |
| 2. Resilienz von Wirtschaft und Gesellschaft stärken | 4 |
| 3. Ein aktivierender und innovationsoffener Staat als digitales Vorbild | 5 |
| Impressum | 6 |

Deutschland und die EU finden sich zunehmend in einer Welt der globalen Großmachtrivalitäten und Systemkonkurrenz wieder. Diese wirken sich auf fast alle Bereiche der internationalen Beziehungen aus – blockieren verstärkt multilaterale Zusammenarbeit, beeinflussen Welthandel sowie Technologiepolitik und verändern sicherheitspolitische Konfliktlagen. Wie durch einen Zeitraffer werden die seit einigen Jahren zu beobachtenden globalen Machtverschiebungen und Spannungen, die Deutschland bereits vor der Gesundheitskrise herausgefordert haben, durch die COVID-19-Pandemie beschleunigt und verstärkt. Das gilt insbesondere für die sino-amerikanische Rivalität. Dabei sind Deutschland und Europa nicht neutral und das transatlantische Bündnis bleibt fester Grundpfeiler der deutschen Außenpolitik. Dennoch wird Berlin seinen eigenen Weg finden müssen, um gemeinsam mit den europäischen Partnern Antworten auf die immensen Herausforderungen in Zeiten globaler Großmachtrivalitäten zu finden.

In drei zusammenhängenden Papieren widmen sich die Autorinnen/Autoren aus dem Arbeitskreis Junge Außenpolitiker der Konrad-Adenauer-Stiftung der Frage, wie sich Deutschland in einer Welt der zunehmenden Großmacht Konkurrenz behaupten kann. Die Papiere sind in die Bereiche strategische Außenpolitik (I), Wirtschafts- und Technologiepolitik (II) und Sicherheits- und Verteidigungspolitik (III) unterteilt und formulieren Handlungsempfehlungen für deutsche Entscheidungsträger.

Hintergrund

Mit der COVID-19-Pandemie wird der langen Liste der Herausforderungen für die deutsche Wirtschaftspolitik eine weitere hinzugefügt. Sie verläuft, beginnend mit der wirtschaftlichen Stagnation in weiten Teilen Europas, über den Handelskonflikt zwischen den USA und China bzw. Europa bis hin zu den Herausforderungen der Elektromobilität für die deutschen Automobilhersteller. Im Ergebnis sind Deutschland und die EU herausgefordert, kreative Antworten zu finden. Wir empfehlen daher, dass Berlin und Brüssel ihre strategische Wirtschafts- und Technologiepolitik an drei Prinzipien ausrichten: Wettbewerbsfähigkeit mit dem Menschen im Mittelpunkt, Resilienz und Innovation durch Digitalisierung – insbesondere der Verwaltung.

Wettbewerbsfähigkeit
mit dem Menschen
im Mittelpunkt, Resilienz
und Innovation
durch Digitalisierung

1. Innovation und Wettbewerbsfähigkeit mit dem Menschen im Mittelpunkt

Die Coronakrise zeigt verstärkt das europäische Defizit an Wachstum, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit. So sind viele Staaten bereits wirtschaftlich stark geschwächt in die Krise geraten und fast alle europäischen Länder haben im Vergleich zu asiatischen Staaten Defizite in der digitalen Infrastruktur aufgezeigt.

Es gilt also, neue Impulse für die deutsche und europäische Wirtschafts- und Technologiepolitik zu setzen. Leitlinien dafür sind Menschenwürde, die Freiheiten des Individuums und eine nachhaltige Wirtschaftsweise. Indem Europa Standards und Normen für verantwortungsvolle Zukunftstechnologien etabliert, erlangen diese langfristig internationale Geltung. So gestaltet Europa eine Digitalisierung mit dem Menschen im Mittelpunkt und stärkt die eigene Position als normative Macht.

Neue Impulse
für Wirtschafts-
und Technologie-
politik setzen

Wie das funktionieren kann, zeigt das Beispiel der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO), die entgegen der Erwartung vieler weltweit Vorbildcharakter erreicht hat. Die DSGVO wird beispielsweise in den USA als Option für mehr Datenschutz diskutiert bzw. wurde im Falle Kaliforniens bereits implementiert. Es gilt jedoch noch zu beweisen, dass sich trotz hoher Datenschutzstandards eine leistungsfähige digitale Wirtschaft aufbauen lässt.

Hier könnten in Europa Open Source-Ansätze und offene Standards eine größere Rolle spielen, die durch ihre Transparenz zusätzlich höheren Sicherheitsanforderungen gerecht werden. Das Prinzip der Datensparsamkeit, also die Abwägung der Erfassung personenbezogener Daten gegen Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit, kann sogar einen Wettbewerbsvorteil darstellen: So könnte die deutsche Corona-Tracking-App mit ihrem Fokus auf Privatsphäre als datensparsames Gegenmodell etwa zur südkoreanischen Variante Vorbildcharakter für andere Länder haben. Zudem gilt es, das Feld der Künstlichen Intelligenz umfassend zu fördern und dabei europäische Werte im Blick zu behalten. Zur Realisierung der potentiellen Vorteile ist es zwingend notwendig, das Vertrauen in die Technologie zu fördern. Dazu gehört eine faire KI, die die Privatsphäre wahrt und deren Entscheidungen nachvollziehbar sind. Ein auf europäischen Werten basierendes KI-Gütesiegel kann dabei helfen, die erforderliche Transparenz und das Vertrauen zu schaffen.

Ein auf europäischen
Werten basieren-
des KI-Gütesiegel
kann dabei helfen,
Vertrauen in Tech-
nologie zu fördern

Um technologische Innovationen anzuregen, bietet es sich an, europäische Hightech-Bereiche zu schaffen, vergleichbar mit digitalen Sonderwirtschaftszonen. Diese müssen nicht notwendigerweise tatsächliche Regionen sein, sondern können auch virtuelle Ökosysteme sein, in deren Testumgebung regulatorische Freiräume geschaffen werden, um Innovation zu fördern. Wesentlich ist jedoch, dass die Lektionen aus den Sandboxes ihren Weg in die ganze Volkswirtschaft finden, statt dort sprichwörtlich zu „versanden“.

Der Ausbau erneuerbarer Energieträger ist wesentlicher Teil der künftigen Wettbewerbsfähigkeit Europas: Heute kommt der günstigste Strom, den man an den meisten Orten in Europa aus neu gebauten Kraftwerken erhalten kann, aus erneuerbaren Energiequellen. Dieser Kostenvorteil wird sich in Zukunft verstärken. Allerdings werden die Kosten für die Integration der Erneuerbaren in das System mit steigender Penetration steigen und daher ist es wesentlich, ein möglichst flexibles und effizientes System um die erneuerbaren Energien herum zu bauen. Zudem muss die Akzeptanz für erneuerbare Energien erhöht werden, denn insbesondere Windenergie, aber auch der notwendige Netzausbau stoßen auf immer mehr lokalen Widerstand. Denkbar sind wirtschaftliche Beteiligungen der Anwohner oder ihrer Gemeinden (wie derzeit vom BMWi diskutiert) sowie die Standardisierung und Digitalisierung der Genehmigungsprozesse, die sich teils stark unterscheiden, was die Kosten erhöht und den Ausbau bremst. Sinnvoll wären bundes- oder landesweit stärker standardisierte Verfahren. Auf den Grundlagen, die mit dem Planungssicherstellungsgesetz geschaffen wurden, sollte aufgebaut werden.

Erneuerbare Ener-
gien zur Stärkung
der Wettbewerbs-
fähigkeit Europas

2. Resilienz von Wirtschaft und Gesellschaft stärken

Aufstrebende Technologien und der zunehmende Einsatz maschinellen Lernens eröffnen nicht nur wirtschaftliches Entwicklungspotenzial, sondern auch neue Angriffsflächen für Kriminelle, staatliche und nichtstaatliche Akteure. Hier sollten Deutschland und Europa ihre Gesellschaften und Volkswirtschaften resilienter und damit widerstandsfähiger gegen Krisen machen. Resilienz bedeutet, Krisen standzuhalten und rasch den Vorkrisenzustand erreichen zu können, wobei im Idealfall noch aus der Krise gelernt wird, um für die nächste besser gewappnet zu sein.

Aus der
Krise lernen

Konkret bedeutet Resilienzstärkung, dass die deutsche und europäische Politik verstärkt im Bereich des Informationsaustauschs innerhalb des Privatsektors sowie mit den Behörden und besonders beim Fähigkeitsaufbau entsprechende Anreize setzen sollte. Da damit häufig Kosten verbunden sind, braucht es zunächst eine breite gesellschaftliche Debatte darüber, in welchen Fällen und in welchem Umfang der Nutzen diese Kosten rechtfertigt. Ein Beispiel sind Diskussionen über den Auf- und Ausbau von strategischen Reserven pharmazeutischer Produkte anlässlich der COVID-19-Pandemie.

Darauf basierend erfordert Resilienz Bestandsaufnahmen möglicher Angriffsflächen. Im Bereich kritische Infrastrukturen sind dazu gesamteuropäische Krisenübungen nötig. Diese sollten nicht wie bisher nur begrenzte Szenarien proben, sondern auch Großschadenslagen. In Bereichen, in denen Übungen in der Realumgebung nicht möglich sind, können strategische Planspiele zum Einsatz kommen. Die Agentur der Europäischen Union für Cybersicherheit (ENISA) besitzt entsprechende Expertise und kann hier eine Führungsrolle übernehmen.

Resilienz erfordert
eine Bestandsauf-
nahme in denjenigen
Sektoren, die kritisch
für den Fortbestand
der Wirtschaft und
Daseinsfürsorge der
Bevölkerung sind

Außerdem sollten Belohnungsmechanismen für Unternehmen etabliert werden, die nachweisen, dass sie regelmäßig ihre Cybersicherheitsrisiken bewerten, entsprechende Anpassungs- und Weiterbildungsmaßnahmen durchführen und auf europäischer Ebene Informationen über Vorfälle teilen. Das gilt besonders in Schlüsselbranchen der deutschen und europäischen Wirtschaft. Hier sollte auch die Krisenfestigkeit der enorm globalisierten Lieferketten von Hochtechnologieprodukten kritisch überprüft werden, sind diese doch besonders anfällig für Unterbrechungen durch Handelskonflikte, Naturkatastrophen oder die aktuelle Gesundheitskrise.

Im Energiebereich ist auch die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Im Zuge der Energiewende wird die europäische Stromversorgung immer weniger auf regelbaren Kraftwerkskapazitäten und immer mehr auf fluktuierender Wind- und Solarenergie basieren. Gleichzeitig werden die einzelnen europäischen Länder noch stärker miteinander verbunden sein, sodass nationale Kraftwerksbilanzen immer weniger aussagekräftig werden. Folglich sollten Versorgungssicherheits-Monitorings und die Beschaffung fehlender Versorgungskapazität nicht wie bisher national, sondern europäisch integriert erfolgen.

Versorgungssicher-
heit im Energiebe-
reich gewährleisten

Im Bereich Cybersicherheit von Wirtschaft und Gesellschaft braucht es klar definierte deutsche und idealerweise europäische Schwachstellenmanagement-Prozesse für IT-Produkte. Dabei ist entscheidend, dass die Mitgliedstaaten jeweils eine nationale Institution als Ansprechpartner benennen und mit Kompetenzen ausstatten. In Deutschland sollte diese Funktion vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) erfüllt werden. Dafür müsste auch darüber nachgedacht werden, dass BSI institutionell unabhängiger zu gestalten.

All diese resilienzsteigernden Maßnahmen machen erstens Angriffe unattraktiver, weil der erwartete Nutzen sinkt und die Kosten steigen. So werden sowohl auf finanziellen Gewinn ausgerichtete Cyberaktivitäten als auch Sabotage-Operationen weniger lukrativ. Zweitens treten im Bereich der Resilienzstärkung weniger Anreizprobleme für gemeinsames Handeln auf, da viele Maßnahmen in jedem Fall die Krisenfestigkeit steigern, auch wenn Pioniere vorausgehen oder einzelne Staaten oder Unternehmen aussteigen.

Krisenfestigkeit
steigern

3. Ein aktivierender und innovationsoffener Staat als digitales Vorbild

Die Soziale Marktwirtschaft und ihre ordnungspolitischen Prinzipien sind Garanten für unseren Wohlstand und hochwertige Arbeitsplätze. In der öffentlichen Diskussion über den Aufbau europäischer Champions dürfen wir deshalb Deutschland und die EU auch in Krisenzeiten industriepolitisch nicht überfrachten. Stattdessen gilt es, in Deutschland und Europa die richtigen Rahmenbedingungen für Wachstum und Innovation zu schaffen. Deutschland hat bereits eine Agentur zur Förderung von Sprunginnovationen gegründet, die die Kommerzialisierung risikoreicher und wirkungsvoller Technologien maßgeblich unterstützen soll. Auf europäischer Ebene könnte der Europäische Innovationsrat (EIC) zu einer europäischen Agentur für Sprunginnovationen weiterentwickelt werden. Als Richtschnur kann die amerikanische Defense Advanced Research Projects Agency (DARPA) dienen. Darüber hinaus ist die EU gefordert, auch auf internationaler Ebene Forschungsk Kooperationen für Spitzentechnologien wie KI, Biotechnologie und Clean-Tech einzugehen. Natürliche Partner dafür sind gleichgesinnte Staaten wie Japan, Australien oder Kanada, die unser Verständnis von fairen Regeln in Einklang mit Werten und Normen auf breiter Basis teilen. Um stark globalisierten Innovations- und Forschungskreisläufen Rechnung zu tragen und gleichzeitig gezielten Technologietransfer und erzwungene Joint Ventures zu vermeiden, sind intensivere Anstrengungen zur Erzielung einer klaren, gemeinsamen Linie innerhalb der EU gegenüber kritischem ausländischen Investitionsverhalten nötig.

Weiterentwicklung
des Europäischen
Innovationsrates zu
einer europäischen
Agentur für Sprung-
innovation

Gemeinsame Linie
der EU gegenüber
ausländischen
Investitionen nötig

Die proaktive Förderung eines europäischen Hochtechnologie-Sektors kann durch die staatliche Nachfrage nach innovativen Anwendungen für die öffentliche Verwaltungsmodernisierung angeregt werden. Die europäische Bevölkerung wird den staatlichen Institutionen langfristig nur Vertrauen schenken, wenn Serviceangebote für die Bürger mit den technologischen Entwicklungen des privaten Sektors Schritt halten. Durch die gezielte Eigennutzung von europäischer Spitzentechnologie für Politik und Verwaltung baut der moderne Staat seine digitale Leistungsfähigkeit im Dienste von Wirtschaft und Gesellschaft aus und geht als digitales Vorbild voran.

Sei es bei der Anwendung von Spitzentechnologie für den öffentlichen Sektor, der Verbesserung der Innovationsfähigkeit der Verwaltung oder dem Anwerben von knappen IT-Personal: Innerhalb Europas muss das voneinander Lernen und der gegenseitige Austausch von Best Practices stärker in den Vordergrund rücken, um die öffentliche Verwaltung zukunftsfest zu machen. Effiziente, digitalisierte und bürgernahe Behörden sind Teil eines Gesamtpaketes attraktiver Rahmenbedingungen, die auch den Wirtschaftsstandort Europa weiter stärken. Ein geeignetes Instrument sind gemeinsame Talentpools auf europäischer Ebene oder auf Basis zwischenstaatlicher Partnerschaften. Diese Talentpools können mit einem EU-Bonus für Arbeitnehmer zur Förderung der Mobilität zwischen öffentlichem und privatem Sektor sowie zwischen Mitgliedstaaten der Europäischen Union verknüpft werden, um zusätzliche Anreize zu schaffen.

Einrichtung von euro-
päischen Talentpools

Mit den jüngsten Hackathons während der Corona-Pandemie auf nationalstaatlicher und europäischer Ebene hat sich gezeigt, dass die Verwendung digitaler Technologien ein enormes Engagement innerhalb der Bevölkerung hervorrufen und signifikant zur Lösung komplexer überstaatlicher Herausforderungen beitragen kann. Die Verstetigung von Hackathons im Sinne einer Institutionalisierung des europäischen digitalen Crowdsourcings unter konsequenter Nutzung von Open Data sollte begleitet werden von einem strukturierten Prozess zur praktischen Umsetzung der vielversprechendsten Ideen. Die Nutzung der innovativen Ergebnisse für öffentliche Zwecke oder im Rahmen öffentlich-privater Partnerschaften sollte mit ausreichenden finanziellen Mitteln von staatlicher Stelle gestützt werden, um die zeitnahe Implementierung der technologischen Verbesserungen für den öffentlichen Sektor zu gewährleisten. Um diese Prozesse zu unterstützen, wird die Gründung europäischer Innovations-Taskforces „Tech4EU“ unter dem Dach einer dezentralen EU-Agentur empfohlen.

Impressum

Die Autorinnen und Autoren

Arbeitskreis Junge Außenpolitiker der Konrad-Adenauer-Stiftung
Informationen unter www.kas.de/jungeaussenpolitiker

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Daniela Braun

Referentin Außen- und Sicherheitspolitik
Hauptabteilung Analyse und Beratung
T +49 30 / 26 996-3399
daniela.braun@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2020, Berlin
Gestaltung & Satz: yellow too, Pasiek Horntrich GbR

ISBN 978-3-95721-731-8



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)

Bildvermerk Titelseite

© shutterstock/vector_brothers, Artistdesign29